Ausgabe 2021



DIE ZEITUNG

ALLES IST DRIN



klimaneutral gedruckt

www.klima-druck.de ID-Nr. 21104328





Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Altdorf ist eine schöne und lebenswerte Stadt, eine Stadt mit vielfältigen Angeboten, schöner Natur, eine Stadt, in der sich viel bewegt. Wir leben gerne hier! Und deshalb wollen wir nicht nachlassen in unserem Einsatz für Lebensqualität in Altdorf. Viel ist hier erreicht, aber das ist für uns kein Grund auszuruhen. Es gilt nach vorne zu blicken und zu gestalten, es gilt zu bewahren, was schützenswert ist – und weiterzuentwickeln, was wir besser machen können oder was verändert werden muss, damit auch in Zukunft Freiheit und ein gutes Leben für alle gesichert sind.

Wir sehen längst, dass der Klimawandel erhebliche Veränderungen von uns fordert. Natürlich muss der Schutz unserer Erde eine weltweite Anstrengung sein, aber es beginnt bei uns allen, es beginnt auch hier in Altdorf. Wir Grüne wollen, dass wir auch hier vor Ort voran gehen und nicht hinterher. Wir wollen, dass die nötigen und großen Veränderungen mit den Menschen gemeinsam geschehen, fair und transparent. Dabei werden wir den Wandel gemeinsam mit der Wirtschaft, mit Landwirten und den Verbänden voranbringen. Und wir achten darauf, dass bei aller Dringlichkeit des Klimaschutzes andere drängende Fragen unserer Gesellschaft nicht übersehen werden, wie zum Beispiel die Rechte von Kindern, soziale Gerechtigkeit, das Bewahren unserer Kulturszene, die Stärkung der Demokratie und vieles mehr.

Die Grünen werben um Ihre Stimme bei der Bundestagswahl. Eine Stimme, für Aufbruch und dafür, unseren Kindern und Enkelkindern eine Welt zu hinterlassen, die genauso lebenswert ist, wie wir sie heute genießen dürfen.

Viel Freude beim Lesen!



Susanne Pannewick
Sprecherin Ortsverband



Andres Schlegel
Sprecher Ortsverband



Hans-Dieter-Pletz Fraktionsvorsitzender

Unser Direktkandidat für Berlin: Felix Erbe Für eine Politik, die mutig handelt.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Hochwasser, Hitzesommer, Starkregen – die Auswirkungen des Klimawandels spüren wir auch in Mittelfranken. Es ist Zeit zu handeln! Mein Name ist **Felix Erbe**, und ich bin Ihr Bundestagskandidat der Grünen. Ich möchte errei-

chen, dass unsere Region auch in 50 Jahren noch so lebenswert ist wie heute. Dafür müssen wir in den kommenden lahren die Weichen richtig stellen: sei es in der Energie-, der Wirtschafts- oder der Mobilitätspolitik zur Erreichung der Klimaziele, sei es in der Arbeits-, der Bildungs- oder der Sozialpolitik zur Erreichung eines guten gesellschaftlichen Klimas, das allen Menschen ein sozial gerechtes und diskriminierungsfreies Leben ermöglicht.



Am 26. September ist Bundestagswahl – gehen Sie wählen und wählen Sie für unsere Zukunft.

Klima

Klimaschutz ist der Schutz unserer Umwelt und der Schutz von Freiheit und Wohlstand. Mit jeder weiteren Tonne CO2, die wir ausstoßen, schränken wir die Freiheit unserer Kinder und Enkelkinder ein. Klimaschutz ist daher keine Zukunftsaufgabe – Klimaschutz ist jetzt! Ich setze mich dafür ein, dass wir den notwendigen Umbau mit Kreativität angehen, dass durch Innovationen Arbeitsplätze entstehen, dass Klimaschutz sozial ist und zu einer Chance für die Menschen, die Wirtschaft und die Gesellschaft wird.



Mobilität

Ich stehe für mehr Lebensqualität in der Region mit grüner, moderner Mobilität und Infrastruktur, die auch auf dem Land wirkt.

Kultur

Kultur gehört zum Leben. Wir brauchen Unterstützung für ein lebendiges, buntes Kulturleben – auch bei uns vor Ort.

Kinder und Bildung

Kinder müssen bei den Entscheidungen der Politik mehr in den Fokus. Das hat alleine das letzte Jahr gezeigt! Ich möchte eintreten für "Kinderrechte ins Grundgesetz" und damit für eine rechtliche Verpflichtung, auf Anliegen der Kinder zu achten, Jugendlichen eine Stimme zu geben, für konsequentes Handeln gegen Kinderarmut und für gleiche Bildungschancen.

Queer und bunt

Echte Gleichberechtigung und echte Selbstbestimmung muss für alle Menschen selbstverständlich werden, unabhängig von sexueller Orientierung, Hautfarbe, Herkunft oder körperlichen Einschränkungen.

Katastrophenschutz

Ob Corona oder Klimakrise: Wir brauchen die ehrenamtliche Arbeit von Feuerwehr, THW und Rettungsdiensten. Mit meiner Erfahrung im Katastrophenschutz will ich das Ehrenamt sinnvoll fördern und die Situation der Helfer*innen durch rechtliche Sicherheit, Ausbildung und moderne Ausstattung verbessern.

Das möchte ich bei uns erreichen:

- mehr Gewicht für die Belange unserer ländlichen Regionen im Bundestag
- innovatives Wirtschaften in unserer Region, starke lokale Unternehmen auf dem erfolgreichen Weg zur Klimaneutralität und eine ökologische Landwirtschaft
- eine Region der gleichen Chancen, der Teilhabe für alle
- eine Region, die vielfältig ist und Inklusion lebt
- direkte Einbindung der Bürger*innen in politische Entscheidungen, damit sie den Wandel der Gesellschaft mitgestalten und mitgehen können

Dafür will ich meine Erfahrung als Mitglied des Hilpoltsteiner Stadtrats, des Rother Kreistags, aus Inklusionspolitik und Jugendarbeit, aus pädagogischer Arbeit als Grundschullehrer und ehrenamtlicher Tätigkeit im Technischen Hilfswerk sowie in Vereinen und Verbänden einbringen.

5

Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021

1. Lebensgrundlagen schützen

Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort wirksame Maßnahmen anstößt. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. Mit mehr und besser aufeinander abgestimmten Bahn angeboten in Stadt und Land wollen wir attraktive und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote machen. Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Deshalb wollen wir über eine andere Landnutzung und weniger Pestizideinsatz ökologische Leitplanken setzen, die das Artensterben stoppen. Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Tierhaltung verbessern.

2. In die Zukunft wirtschaften

Wir starten ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen. In schnelles Internet, in Spitzenforschung, in Ladesäulen, in Wasserstofftechnologien und in moderne Stadtentwicklung. Die energieintensiven Industrien wollen wir zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Grüne Finanzmärkte spielen im Kampf gegen die Klimakrise eine bedeutende Rolle. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus klimaschädlichen Investitionen zurückzieht. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern.

3. Solidarität sichern

Wir wollen Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Für eine gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land wollen wir, dass ambulante und stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden. Unser Ziel sind faire und bezahlbare Mieten. Wir wollen über ein bundeseinheitliches Gesamtkonzept Mietobergrenzen im Bestand ermöglichen, die Mietpreisbremse entfristen und deutlich nachschärfen.

4. Bildung und Forschung ermöglichen

Wir wollen für jedes Kind einen Platz in einer guten Kindertagesstätte. Das schaffen wir über ein Bundesqualitätsgesetz, das Mindeststandards sicherstellt. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal, wo es lebt. Wir schlagen ein Programm für mehr Bildungsgerechtigkeit vor, das Schulen in Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf stärkt. Für ein Bildungssystem, das überall und für alle gute Ausgangsbedingungen sichert, braucht es mehr Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Mit



einer Grundsicherung in Ausbildung und Studium wollen wir allen unabhängig vom Einkommen der Eltern eine schulische Ausbildung oder ein Studium ermöglichen.

5. Zusammen leben

Deutschland braucht eine Modernisierungsoffensive. Damit Projekte schneller realisiert werden, schaffen wir für eine Planungsbeschleunigung mehr Kapazitäten und verschlanken Verfahren. Wir werden das Leitbild Einheit in Vielfalt zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern. Unser Ziel ist Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und gleichberechtigt mitgestalten können. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben.

6. International zusammenarbeiten

Mit einer verbindlichen Transformationsquote wollen wir international neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen und insbesondere die Länder des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir wollen Exporte deutscher Waffen an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten. Damit Menschen Schutz finden, schaffen wir sichere und legale Fluchtwege und treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Wir schützen Menschenrechtsverteidiger*innen. Wenn sie in ihrem Land akut gefährdet sind, wollen wir schneller und häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen.



7

Annalena Baerbock: An der Spitze für Erneuerung

Annalena Baerbock weiß, dass es nicht nur eine Sichtweise auf die Welt gibt. Aufgewachsen auf einem Dorf in Niedersachsen, hat sie einen Teil ihrer Schulzeit in den USA verbracht und in London und Brüssel gelebt und gearbeitet. Über Berlin kam sie vor Jahren nach Brandenburg. Ein Lebensweg, der die erste gesamtdeutsche Generation verkörpert.

Wie Millionen Menschen ihrer Generation steht sie mitten im Leben und weiß, was es heißt, Tag für Tag Familie und Beruf in einer gleichberechtigten Beziehung zusammenzubringen. Sie hat in der Pandemie erlebt, was es mit Kindern und Eltern macht, wenn nichts mehr rund läuft, kein Unterricht stattfinden kann, Achtjährige das ABC wieder vergessen und die Welt um sie herum nicht mehr verstehen. Die Zukunft der jungen Generationen ist auch genau deshalb der Motor ihrer Politik.

Klimaschutz und die Begrenzung der Erderhitzung auf dem 1,5-Grad-Pfad des globalen Abkommens von Paris sind der Schlüssel für eine lebenswerte Welt in der Zukunft. Andere Parteien meiden Veränderung, damit alles so bleibt, wie es schon immer war. Sie suchen immer neue, noch abstraktere Ziele für die Zukunft, aber sie rennen der Realität längst hinterher. Annalena Baerbock beschäftigt sich seit Jahren mit dem Klimaschutz und was zu tun ist, um die Krise wirksam zu bekämpfen. Jetzt. Ihr zentrales Versprechen für gelingenden Klimaschutz lautet, klimaneutralen Wohlstand zu schaffen, damit wir auch in einer klimaneutralen Zukunft gut leben können. Damit die Wirtschaft hier bei uns erfolgreich sein und soziale Sicherheit garantiert werden kann.

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft bedingen einander, aber sie werden nicht einfach und ohne notwendige Veränderungen für einzelne Menschen, Unternehmen und Regionen gelingen. Nur wenn wir darüber offen reden, können wir Lösungen finden, die Transformation gemeinsam erfolgreich zu gestalten. Annalena Baerbock ist dabei nie den einfachen Weg gegangen, sondern hat auch dort das Gespräch gesucht, wo Wandel auch Widerstände und nachvollziehbar Ängste auslöst: bei den Kohlekumpeln. Im Gespräch mit Stahlarbeiter*innen. Bei den CEOs großer Konzerne und den Betriebsrät*innen, auch wenn es nicht leicht ist, Veränderungen zum Wohle aller zu gestalten. Und sie stellt immer wieder fest, dass es am Ende auf beiden Seiten mehr Gemeinsamkeiten gibt als alle dachten.

Eine europäische Zukunft Deutschlands, dafür brennt Annalena Baerbock. Gemeinsam ist Europa der stärkste Wirtschaftsraum der Welt. Doch die EU bleibt unter ihren Möglichkeiten und hat sich in einer Spirale der Selbstbeschäftigung geschwächt. Die 2020er-Jahre können ein Jahrzehnt für eine Wiederauferstehung der Stärke Europas werden, Wirtschaftskraft, Klimaschutz, Erfindergeist, Demokratie und Rechtstaatlichkeit zum Nutzen aller 450 Millionen Europäer*innen zusammenbringen. So wie der Green Deal einen Rahmen für Investitionenin ein ökologisches und soziales Europa gesetzt

hat, braucht Europa jetzt Reformen, damit es im globalen Wettstreit mit China und den USA stärker aufgestellt ist.

Annalena Baerbock macht die Sachen, weil sie zu tun sind: sei es eine überwältigende Mehrheit im Bundestag für eine bessere Regelung zur Organspende zu organisieren oder in Potsdam einen Flüchtlingsverein zu gründen. Ihr Anspruch ist es, die Dinge konkret besser zu machen. Sie ist überzeugt, dass Politik keinem vorgefertigten Plan und keiner abstrakten Theorie folgt. Politik machen bedeutet für sie, mit der Welt umzugehen wie sie ist, Probleme zu sehen und konkrete Lösungen zu finden. Ideologisches Denken ist ihr genauso fern wie die abwartende Moderation der vergangenen zwei Jahrzehnte. Dringliche Probleme erfordern gut begründete und klare Entscheidungen.

Wo immer sie sich engagiert, übernimmt Annalena Baerbock die volle Verantwortung. Sie begegnet Herausforderungen unerschrocken, aber mit Respekt und Demut. Sie hört nicht auf zu fragen, bis sie die beste Antwort gefunden hat. Für sie zählt nicht die Geste, sondern harte und konzentrierte Arbeit. Sie durchdenkt Entwicklungen und Entscheidungen vom Ende her. Seit vier Jahren führt sie die grüne Partei mit Mut, Hartnäckigkeit und der Fähigkeit zu wachsen. Sie ist bereit für den nächsten Schritt: Verantwortung für die Führung des Landes zu übernehmen.



Annalena Baerbocks zentrales Versprechen für gelingenden Klimaschutz lautet, klimaneutralen Wohlstand zu schaffen, damit wir auch in einer klimaneutralen Zukunft gut leben können.



Robert Habeck: Für eine andere Politik

Robert Habeck traut sich und den Menschen etwas zu. Er ist einer, der geben kann, der sich berät, der sich traut, noch mal neu anzusetzen. Geteilte Macht ist für ihn doppelte Stärke. Robert Habecks Fundament ist seine Familie und seine Heimat, oben im Norden, zwischen Nord- und Ostsee, wo die Menschen fest auf dem Boden stehen und der Horizont weit ist.

Robert Habeck bringt Menschen und Meinungen zusammen. Er findet Lösungen auf unkonventionellem Weg und macht Lust darauf, gemeinsam anzupacken. Er ringt, bis aus einer guten Idee Wirklichkeit wird.

So hat Robert Habeck sechs Jahre lang als Minister für Energie, Landwirtschaft, Umwelt und Digitalisierung in Schleswig-Holstein regiert. Als "Draußenminister" war er unermüdlich im Land unterwegs, hat scheinbar unauflösbare Konflikte zwischen Fischer*innen und Naturschützer*innen zu beidseitiger Zufriedenheit gelöst. Hat den Ausbau von Windrädern und Stromleitungen für die Energiewende beschleunigt – im Einvernehmen mit den Menschen vor Ort. Der Schlüssel von Robert Habecks Erfolg ist, sich beharrlich für das Erreichen eines Ziels einzusetzen, aber im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern offen und pragmatisch den besten Weg zu diesem Ziel zu finden, anstatt sich technokratisch hinter Paragraphen und Amtshandlungen zu verstecken.

In seiner Regierungsverantwortung hat Robert Habeck gelernt, dass es nicht ausreicht, einfach Recht zu haben, sondern dass jede politische Veränderung die Auseinandersetzung braucht. Das ist manchmal unbequem, auch in den eigenen Reihen. Robert Habeck geht auch auf die zu, die nicht seiner Meinung sind, hört zu.

"Bereit, weil Ihr es seid", das hat Robert Habeck als politischen Stil für Regierungspolitik eingeführt und damit die Grünen bundesweit in den vergangenen Jahren geprägt. Robert Habeck gibt sich nicht mit dem scheinbar Unabänderlichen zufrieden, sondern bahnt neuen Lösungen den Weg, trotz Risiken, und klemmt sich dahinter, bis es gelingt. Nur wer wagt, gewinnt. Robert Habeck ist einer, der den politischen Aufbruch anfacht und anführt und dessen Leidenschaft sich auf die Menschen um ihn herum überträgt. Das ist für ihn zentral in diesen Zeiten, in denen das Grundvertrauen in Politik brüchig geworden ist und die zentralen Achsen unserer liberalen Demokratien in Europa verrutscht sind. Komplexität verlangt gerade in einer Demokratie, dass Politik erkennbar ist, begründet wird und Identifikation schafft.

Deshalb stellt Robert Habeck die gesellschaftlichen Zusammenhänge her und begründet Politik oft grundsätzlich. Er entwirft seine Politik aus der Erkenntnis, dass soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen ineinander verwoben sind, dass gegenseitige Anerkennung eine ebenso harte Währung in der Politik ist wie das Bruttoinlandsprodukt. Daraus ergibt sich auch ein neues Verständnis der Rolle des Staates, wied er ein Grant für Gestaltung und Sicherheit zu werden, Halt in einer komplexen Welt zu geben, wieder in die Lage zu kommen, in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

Robert Habeck will, dass Menschen die Sicherheit haben können, dass sie von ihrer Hände Arbeit leben, ihre Familien ernähren und Wohnungen finden können. Dass sie mehr wert sind als Maschinen, die in den Fabriken die Arbeit von Menschen ersetzen. Dass es auch auf dem Dorf einen Arzt in der Nähe gibt. Aus diesem Antrieb und auf diese Weise hat Robert Habeck in Schleswig-Holstein und für die Grünen eine neue politische Kultur im Umgang zwischen politischen Konkurrent*innen geprägt, die auch für die Bundespolitik beispielgebend ist, um große Veränderungen für die Zukunft besser und gemeinsamer zu erreichen. Dazu gehört, Antworten zu geben, die manchen nicht passen und die Toleranz, die Meinungen der anderen in jeweils ihrem Recht stehen zu lassen. Auch jenseits von parteipolitischem Kalkül. In dieser Mischung – denken und machen, Minister in Watt und Wind, der sich nicht in die Politikerklischees einpassen lässt – provoziert Robert Habeck den Berliner Hauptstadtbetrieb. Er provoziert, weil er die größte Gefahr für dessen Selbstverständnis ausmacht: nämlich die Erkenntnis, dass Politik neue Wege gehen muss. Dass sie verändern muss, um Halt zu geben.



Robert Habeck traut sich und den Menschen etwas zu. Er ist einer, der geben kann, der sich berät, der sich traut, noch mal neu anzusetzen. Geteilte Macht ist für ihn doppelte Stärke.





Alternative Energien ausbauen

Die Bürger*innen dieses Landes wollten nach dem Atomausstieg eine echte Energiewende durch Erzeugung von Strom mit PV- oder Windkraftanlagen vor Ort und mit Bürgerbeteiligung. Leider ist der Ausbau der Windenergie durch die in Bayern geltende 10 - H - Regelung* fast zum Erliegen gekommen, bis auf wenige Ausnahmen, wie z. B. die beiden Windräder der Firma Wust bei Eismannsberg, die am 22. Juli diesen Jahres offiziell eingeweiht worden sind. Viele Bürger*innen, die an der Einweihung teilgenommen haben, hoffen, dass angesichts des spürbaren Klimawandels der Ausbau der Windenergie und der regenerativen Energien vor Ort wieder deutlich intensiviert wird, wie es auch die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm fordern. In den zurückliegenden Jahren haben die großen klimabedingten Naturkatastrophen wie Hitzewellen, Waldbrände und Überschwemmungen überwiegend außerhalb von Mitteleuropa stattgefunden. Jetzt sind sie auch bei uns angekommen. Zwar lässt sich kein Einzelereignis ohne Weiteres kausal auf den Klimawandel zurückführen, wir wissen aber sicher, dass Ereignisse wie die schlimmen Hochwasser in Ludersheim/ Waldspitze oder kürzlich in Weinhof/ Stürzelhof deutlich zunehmen werden. Und wir wissen, dass in Zukunft immer mehr Menschen von solchen Ereignissen getroffen werden. Die Folgen für Mensch und Natur sind verheerend und belasten die Zukunft der nächsten Generationen. Durch politische Ignoranz ist schon viel Zeit verloren gegangen, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Bayern liegt im Bundesvergleich bei der Windenergieerzeugung mit am Ende des Bundesländervergleiches. Auch ist ein Ausbau der Stromtrassen vor unserer Haustür ist kaum abzuwenden, wenn die eigene Stromproduktion nicht hochgefahren wird.

> Eckart Paetzold - Kreis- und Stadtrat Margit Kiessling - Kreis- und Stadträtin

* Dies bedeutet bei der heutigen WKA Technik (ca. 250m Höhe) einen Durchmesser von 5 km ohne Bebauung.



v.l.n.r. Margit Kiessling, Dieter Pletz und Miranda Bellchambers

Gegen die Trassen, für dezentrale Energieerzeugung

Seit 7 Jahren kämpfen die BI und weitere Unterstützer*innen gegen die Planungen für einen massiven Ausbau und Umbau unseres Stromnetzes. Während dieser 7 Jahre konnte die Notwendigkeit und der Bedarf nicht eindeutig nachgewiesen werden, eine vorgeschriebene Kosten-Nutzen-Analyse fehlt, veraltete Planungen kalkulieren neue Speichermöglichkeiten und eine umfangreichere dezentrale Energieversorgung nicht mit ein (Stichwort 10-H-Regelung aufheben und PV-Anlagen auf städtische Gebäude!).

Menschen in Altdorf und Umgebung wären vom Ausbau der Stromleitung P53 und weiterer Leitungen massiv betroffen. Wir würden wertvollen Lebensraum verlieren: Wald an der A3, der auch als Lärmschutz dient; das Schwarzachtal würde "durchbrochen" und

damit zerstört werden, da die Masten ja auch aufgestellt werden müssen (Anfahrt von LKWs und großen Baumaschinen); die Dörlbacher Au träfe das gleiche Schicksal; Ludersheim würde mit einem zweiten Umspannwerk nahezu unbewohnbar werden; inzwischen äußerst rare Ackerflächen würden verloren gehen, wie auch Lebensqualität, Wertschöpfung, Eigentum und Gesundheit.

Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen – wir müssen unbedingt dafür kämpfen, dass zunächst ALLE Alternativen ausgeschöpft und neue dezentrale Energiequellen geschaffen werden! Wir sollten dafür sorgen, dass alle Entscheidungen zum Ausbau der Stromnetze noch einmal auf den Prüfstand kommen!



Anne Christine Blüml - Stadträtin







Den Umbruch der Landwirtschaft im Dialog begleiten

Wir Grünen haben uns zum Ziel gesetzt, die derzeitigen Schwierigkeiten der Landwirtschaft im Umbruch der Agrarreform aufzugreifen und diese Umsetzung zu unterstützen. Um auch auf kommunaler Ebene auf die einzelnen Probleme einwirken zu können, haben wir daher einen ersten Kontakt zu unseren hiesigen Landwirtinnen und Landwirten geknüpft, Schwerpunkte und Schwierigkeiten der einzelnen Betriebe und Höfe erfahren, diese abgesteckt und uns zu ersten Gesprächen getroffen.

Aus den Gesprächen haben sich drängende Themen ergeben, die angegangen werden müssen: vor allem die Wahrnehmung und Wertschätzung der Landwirtschaft, eine faire Preisgestaltung, gute Absatzmöglichkeiten, wirtschaftliches Arbeiten, der immer fortschreitende Flächenfraß, eine sichere Hofnachfolge, Hundekot und andere Hinterlassenschaften auf Feldern sowie die Umsetzung der Artenschutzmaßnahmen sind nur einige Punkte, die angegangen werden müssen.

Jede Landwirtin, jeder Landwirt im unmittelbaren Altdorfer Raum steht vor individuellen Herausforderungen, da die Betriebe in Größe und Arbeitsweise unterschiedlich aufgestellt sind. Hier existieren Grünlandbauern sowie Rinder- und Schafzüchter nebeneinander - im Öko-, Misch- oder konventionellen Betrieb.

Wichtig ist es uns, wertfrei gute Existenzbedingungen für alle zu schaffen. Regionale Nahrungsmittel sind mit das Kostbarste was wir haben. Unsere Landwirtinnen und Landwirte haben das Handwerkszeug dazu, diese auch hochwertig und gesund zu produzieren. Wir wollen den Weg in eine wertgeschätzte Lebensmittelproduktion voranbringen.



Silke Roth

Nein zum Sandabbau in Altdorf

Die Grünen Landtagsabgeordneten Verena Osgyan, Tessa Ganserer und Ludwig Hartmann wollen gemeinsam mit den Grünen im Nürnberger Land die Ausbeutung der Natur vor Ort stoppen. Im Röthenbacher Wald bei Altdorf soll das beliebte Naherholungsgebiet Rodung und Ausbeute zum Opfer fallen. Auf einer Fläche von etwa 50 Hektar ist geplant, über 35 Jahre Quarzsand abzubauen. Die Bürger *innen wehren sich unter dem Motto: "Nein zum Sandabbau - Rettet den Röthenbacher Wald."



Verena Osgyan vertritt als stellvertretende Fraktionsvorsitzende die Interessen des Nürnberger Landes im Bayerischen Landtag, genauso wie Forst-Expertin Tessa Ganserer. Ludwig Hartmann meinte, dass Waldschutz wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird und erklärte: "Einen Wald in gleicher Qualität wieder aufzuforsten, ist nahezu unmöglich, wenn er einmal weg ist". Hartmann hat bereits ein umfangreiches Anfragenpaket zu Verkauf und Rodung von Waldflächen durch die Bayerischen Staatsforsten eingereicht.

Mittlerweile äußerte auch die Stadt Nürnberg ihre Bedenken gegenüber dem geplanten Quarzsandabbau und hat ihre Ablehnung gegenüber der Regierung von Mittelfranken formuliert. Tessa Ganserer wies darauf hin, dass der Wald unter Bannwald-, Biotopund Vogelschutz stehe und monierte, dass das Verfahren der Behörden fehlerhaft sei und die Alternativstandorte längst nicht ausgeschöpft seien. Das geplante Abbaugebiet wurde vom Regionalen Planungsverband in der Vergangenheit aus guten Gründen nicht zum Vorranggebiet für Sandabbau erklärt. Der Hunger nach Rohstoffen müsse in Altdorf gestoppt werden und das Vorhaben wäre ohnehin mit den Klimaschutzzielen des Bundestagswahlprogramms unvereinbar, argumentierten die Grünen.

Margit Kiessling, Kreis- und Stadträtin

Für kreative Lösungen zum Schutz von Menschen und Natur – gegen eine PWC-Anlage bei Eismannsberg

Natürlich: Die Grünen wollen Güter auf die Schiene bringen, wir wollen dauerhaft weniger LKW auf den Autobahnen. Aber diese Ziele sind kurzfristig nicht umzusetzen und so wird sich auf absehbare Zeit die Zahl der LKW eher noch erhöhen. Es ist eine Frage von Sicherheit und von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, dass die Fahrer*innen angemessene Pausen- und Übernachtungsplätze haben. Den Bedarf, zusätzlichen Parkraum zu schaffen, kann man angesichts abenteuerlich zugeparkter Rastplätze auch nicht in Abrede stellen.

Wofür wir uns aber stark machen als Grüne: Eingriffe in die Natur und Lebensqualität der Menschen müssen intensiv auf ihre Notwendigkeit und auf die schonendste Ausführung hin geprüft werden. Hier unterstützen wir die BI "Schutz der Jurahöhe" bei ihrer Forderung nach kreativen Alternativen.

Und wir fragen kritisch: Wieso soll ein eigener PWC Standort gebaut werden, wenn ein paar Kilometer weiter östlich in Alfeld ein privater Anbieter bereits einen Autohof mit Parkmöglichkeiten betreibt, mit aller dazugehörigen Infrastruktur? Warum soll hier keine Kooperation möglich sein? Warum sollten Hürden für eine Kooperation gewichtiger für die Entscheidung sein, als die Zumutung für die Anwohner*innen und das Versiegeln bislang landwirtschaftlich genutzter Fläche? Wir fordern die Autobahngesellschaft auf, sich hier mit dem privaten Betreiber zusammenzutun, um eine kreative Lösung zu finden. So könnte ein neuer Lärm- und Lichtsmog-Emittent verhindert werden. Eine Alternative wäre auch die Erweiterung des Parkplatzes Lochgraben. Damit könnte man u.a. dem Missstand begegnen, dass hier derzeit der angrenzende Wald als Müllkippe und Toilette herhalten muss. Der Standort liegt, im Gegensatz zu Eismannsberg auch nicht auf einer exponierten Kuppe.

Andreas Schlegel – Sprecher Ortsverband Hans-Dieter Pletz – Fraktionssprecher

Radwege ausbauen

Die Verbindung nach Lauf (Abschnitt Winn-Altdorf) ist ein Dauerbrenner - es sind die staatlichen Stellen, die so zögerlich "arbeiten". Minister Herrmann steht im Versprechen, dass der Abschnitt Anfang der 20er Jahre gebaut wird – wir rechnen damit, dass es im übernächsten Jahr endlich so weit ist. Die Verbindung nach Hersbruck ist als nächstes dran. Wir müssen dauernd anschieben – so geht Klimaschutz.

In Altdorf gaben die Grünen Anstoß, die Verbindung nach Hagenhausen und von Hagenhausen zur Schleifmühle zu forcieren. Letzterer Abschnitt kann bald umgesetzt werden, der Stadtrat hat grünes Licht gegeben. Innerorts bleibt das Radfahren weiterhin ein Problem, auch diesem Thema muss man sich stellen. Schauen wir in die Oberpfalz, dagibtes neben jeder Straße einen Radweg und in der Neumarkter Innenstadt können sich Radfahrer*innen sicher fortbewegen.

Marktplatz - viele wünschen sich weniger Autos

Der Marktplatz von Altdorf ist das Wohnzimmer unserer Stadt. Hier empfangen wir unsere Gäste, sitzen an den Tischen der Gastronomie, bummeln entspannt zwischen den Toren

und tätigen unsere Besorgungen. Das alles wollen wir ohne Hektik, Lärm und schlechte Luft.

Verursacher der negativen Begleiterscheinungen sind die Autos. Für ältere Mitbürger*innen, Eltern mit kleinen Kinder sowie Menschen mit Behinderungen ist das Überqueren der Straße mit Stress, Gefahr und Wartezeit verbunden.

Ca. 60% der Autofahrer nutzen den Marktplatz nur als Durchfahrtsstrecke. Wenn wir dieser Gruppe die Möglichkeit nehmen, haben wir viel erreicht. Auch die Geschäftswelt wird davon profitieren, weil sich der Aufenthaltsge-



nuss enorm verbessert. Andere Städte wie Neumarkt, Lauf und Weißenburg haben uns das vorgemacht - warum soll das bei uns nicht möglich sein?

Selbst ein Vorschlag, den Marktplatz im Sommer einmal für 4 Wochen probeweise für den Durchgangsverkehr zu sperren, fand nur geringe Zustimmung im Stadtrat (Grüne/FDP). Man will unbedingt das Verkehrsgutachten abwarten. Klar ist: Eine Sperrung der Innenstadt erfordert weitere Umgehungsmöglichkeiten. Vorerst müssen wir weiter darauf warten, dass es auf unserem Marktplatz besser wird.

Horst Topp - 2. Bürgermeister, Kreis- und Stadtrat

Klein, aber berechtigt



"Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, ist das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen", sagt die von Deutschland ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention (Art.3.1.) Trotz mehrmaliger UN-Aufforderung wurde dieses Recht in die deutsche Verfassung nicht aufgenommen.

Würden Kindern eigene Grundrechte helfen? Hätte es ihnen in der Corona-Krise geholfen? Bei der Pandemiebekämpfung stehen die Interessen der Kinder und Jugendlichen immer noch hintenan. Schulen, Kitas und Jugend-Freizeitangebote gehören zu den Orten, wo die Zumutung persönlicher Einschränkungen am längsten und umfassendsten wirken und wir müssen befürchten, dass sich dies im Herbst fortsetzt. Und das bei Heranwachsenden, die nachhaltig verletzlich sind.

Würde behinderten Kindern ein eigenes Grundrecht helfen, angemessene Unterstützung zu bekommen und an Planungen beteiligt zu werden? Im Altdorfer Wichernhaus gab es einen beeindruckenden Aufstand junger Menschen gegen die Schließung ihres Lebensraums Internat durch den Träger. Mit ihren Erfahrungen stellten sie die behauptete "Inklusion" und "Partizipation" in Frage. Intern und auf dem Marktplatz kämpften sie darum, als "Expert*innen in eigener Sache" ernst genommen zu werden.

Politik muss generationengerecht sein. Übrigens auch bei kommunalen Fragen wie der Gestaltung öffentlicher Straßen und Plätze, bei der immer noch das Auto der Erwachsenen krass bevorzugt wird. Kinder brauchen eigene Rechte!

Susanne Pannewick - Sprecherin Grüne Altdorf

Kinderbetreuung

Einst war Altdorf Vorzeigestadt in Sachen Kinderbetreuung – die Kinderbetreuungsplätze waren in großer und ausreichender Menge vorhanden. Inzwischen hat sich das geändert. Durch die erfreuliche Entwicklung, dass viele junge Familien Altdorf als Wohnort gewählt haben, fehlen Kindertagesplätze und die Grundschule platzt



aus allen Nähten. Zwar wurden hier Maßnahmen ergriffen, wird nun aber im Norden das neue Baugebiet verwirklicht, das ca. 500 neue Einwohner*innen bringt, dann wird es sowohl bei den Kindertagesstätten wie auch bei der Grundschule richtige Probleme geben. Es ist gar nicht so einfach, Lösungen zu finden – es herrscht ein enormer Mangel an Erzieher*innen und Lehrer*innen, die Gebäude allein sind nicht die Lösung. Die Grüne Kreistagsfraktion konnte sich in den vergangenen Jahren erfolgreich für den Erhalt der Fachakademie für Sozialpädagogik einsetzen, sogar ein Neubau in Altdorf wurde erreicht; im Lauf der letzten Jahre gelang es zudem, auf Antrag der Grünen Kreistagsfraktion, zuerst eine Zwei- und in diesem Jahr sogar eine Dreizügigkeit bei der Ausbildung neuer Erzieher*innen durchzusetzen. Die Ausbildung dauert allerdings fünf Jahre, es ist also nicht ganz so schnell mit einer spürbaren Verbesserung auf dem Erzieher*innen-Markt zu rechnen.

Horst Topp - 2. Bürgermeister, Kreis- und Stadtrat

Eine Kultur mit Vielfalt

Die Stadt Altdorf hat eine vielfältige und lebendige Kulturszene, mit vielen Veranstaltungsorten und großartigen Projekten, die von engagierten Bürger*innen getragen werden. Die Grünen machen sich besonders für die freie Szene stark, die unsere Stadt so prägt. Das Regierungsprogramm sieht u.a. vor: Kultur als Staatsziel, die Unterstützung der Szene für einen echten Neustart nach der Pandemie, mehr Transparenz der öffentlichen Kulturförderung, faire Arbeitsbedingungen statt prekärer Verhältnisse, Stärkung des Urheberschutzes u.v.m.

Entscheidend hierbei: Die Kommunalfinanzen müssen nachhaltig gestärkt werden, denn nur dann können Kommunen in Zukunft den Rahmen für eine kreative und vielfältige Kulturlandschaft ermöglichen. Kultur darf sich nicht in die Metropolen zurückziehen. Es muss auch in den ländlichen Regionen Kulturzentren als Knoten-



punkte der Begegnung geben, Kulturprojekte müssen zugänglich sein für alle - denn ohne eine vitale Kulturlandschaft ist eine freie demokratische Gesellschaft nicht denkbar.

Andreas Schlegel – Sprecher Ortsverband

Stärkung der Demokratie

Die gewaltigen Herausforderungen der kommenden Jahre werden wir nur im gesellschaftlichen Zusammenhalt bewältigen - und dafür müssen Bürger*innen viel mehr als bisher in Entscheidungen eingebunden werden. Beteiligung bereichert und stärkt die Demokratie! Im Regierungsprogramm der Grünen sind deshalb Bürger*innenräte vorgesehen, die bei ausgewählten Themen die Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einbringen sollen. Außerdem soll das Petitionsrecht ausgebaut werden für eine bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess.

Auch in Altdorf gibt es viele Themen, die die Bürger*innen unmittelbar betreffen. Die Grünen sehen hier neben der Ausrichtung der Stadt zur Klimaneutralität vor allem auch die Stadtentwicklung als wichtigen Bereich für Beteiligung, sei es bei der Ausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten (wie z.B. Altdorf Nord) oder auch bei der Gestaltung der Innenstadt.



Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Kulturwandel, der hier in Altdorf schon begonnen hat, mutig fortgesetzt wird. Informationen müssen leicht zugänglich, umfassend und verständlich sein, es muss immer wieder der Austausch gesucht werden. Vielfältige Meinungen sind eine Chance, beleben unser Miteinander und bilden die Grundlage für eine Stadtentwicklung, die von den Bürger*innen getragen wird.

Hans-Dieter Pletz - Fraktionssprecher

Ein Hafen der Menschlichkeit

Seit April ist Altdorf "Sicherer Hafen". Dieses Zeichen für Menschlichkeit ist bitter nötig. Denn dass kaum noch Menschen hier Asyl suchen, heißt nicht, dass es sie nicht gibt. Sie kämpfen nur woanders ums Überleben: im Mittelmeer, in den Wüsten, an den europäischen Grenzen. Mit brutaler Abschottung geschützt wird da unser Wohlstand, nicht die Menschen.

Altdorf erklärt sich dagegen bereit, Menschen bei uns menschenwürdig aufzunehmen. Diese Bereitschaft zum Teilen lebt ja schon längst in unserer Stadt, wenn z.B. hier lebende Menschen ankommende Menschen engagiert begleiten.

Als "Sicherer Hafen" hat sich die Stadt verpflichtet, noch mehr zu tun. Um mehr Menschen hier ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen, brauchen wir eine andere Asylpolitik. Dagegen gibt es auch hier Bedenken: Wenn wir noch mehr Geflüchtete aufnehmen, würden die den armen Deutschen Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen. Das ist aber zu eng gedacht. Denn natürlich kann es



nicht Sache der Ärmsten sein, noch ärmeren Geflüchteten von ihrem Wenigen abzugeben. Abgeben müssen die Reicheren. Die Grünen wollen sich deshalb grundsätzlich für eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und Möglichkeiten einsetzen. Im Wahlprogramm wird nicht Konkurrenz geschürt, sondern zu einem fairen Zusammenleben ermutigt: Konkret heißt das z.B. für Altdorf: mehr bezahlbare Wohnungen schaffen statt riesige Baugebiete auf Kosten von Bedürftigen und der Natur. Geteilte Menschlichkeit ist doppelte Menschlichkeit

Susanne Pannewick - Sprecherin Grüne Altdorf

Wichtige Termine im Wahlkampf

Hier, weil Ihr es seid

- 22. August Sommerfest in Hersbruck mit Felix Erbe
- 04. September Claudia Roth in Lauf
- 11. September "Markt der grünen Ideen" in Schwarzenbruck
- 13. September Annalena Baerbock in Nürnberg
- 15. September Robert Habeck in Erlangen
- 23. September Abschlussveranstaltung
- 25. September Globaler Klimastreik

Aktuelle Infos zu allen Terminen gibt es unter:

gruene-nuernberger-land.de/termine

Und: ab dem 14. August immer samstags 9:00 - 12:00 Uhr:

Infostand der Grünen Altdorf vor St. Laurentius

Wir freuen uns auf Sie!

Weitere Informationen über unseren Ortsverband finden Sie unter: www.gruene-nuernberger-land.de/ortsverbaende/ov-altdorf oder auf https://www.facebook.com/gruene.altdorf/





Impresseum

Auflage: 8000 Stück

Redaktion: A. Schlegel, H. Topp, M. Kiessling, E. Paetzold, S. Pannewick

Fotos: A. Schlegel, M. Kiessling, S. Pannewick, Archiv Bündnis 90 / Die Grünen Titelbild: Altdorf von der Wallensteinstraße nach Norden - Foto: Sebastian Morun

Gestaltung & Druck: Druckerei Brunner GmbH



V.i.S.d.P. Bündnis 90 / Die Grünen, OV Altdorf, Burg Grünsberg 1, 90518 Altdorf







